

11 Anfragen (schriftlich)

11.1 Büroräumlichkeiten Gürtelturmplatz (GR Eber, KPÖ)

Die MitarbeiterInnen des Strafreferats der Abteilung 17 hatten in der Vergangenheit ihre Büros sowohl im Bauamtsgebäude als auch am Tummelplatz. Aufgrund der beengten Platzverhältnisse im Bauamtsgebäude entschloss man sich, für das Strafam neue Räumlichkeiten zu suchen. Fündig wurde man am Gürtelturmplatz 2/Eggenberggürtel 71: Auf 900 m² in zwei Geschossen bezogen im Juni 2018 rund 30 städtische Bedienstete ihre neuen Arbeitsplätze. Bereits nach wenigen Monaten mussten sie aufgrund krank machender Stoffe in der Atemluft wieder ausziehen. In der Gemeinderatssitzung vom 15. November 2018 stellte ich diesbezüglich eine Frage an Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler. In der schriftlichen Beantwortung wurde mir von ihm mitgeteilt, dass die Sanierung bis 31. 3. 2019 abgeschlossen sein muss, widrigenfalls eine Rückabwicklung des Mietvertrags erfolgen würde. Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Wie ist die aktuelle Situation in den Büroräumlichkeiten am Gürtelturmplatz? Gibt es aktuelle Luftgütemessungen? Wie sind diese ausgefallen?

Wurden die Vorgaben, die seitens der Stadt an die Vermieterin gestellt wurden, vollinhaltlich eingehalten?

Wann wurden die Mietzahlungen wiederaufgenommen, wie lange waren sie ausgesetzt? Gibt es seit dem Wiedereinzug in diese Büroräumlichkeiten besondere Vorkommnisse (Beschwerden über Luftqualität, Krankenstände, etc.)?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.2 Büropersonal für Grazer Volks- und Neue Mittelschulen
(GR Luttenberger, KPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
wie am 3. 6. 2020 in der Kleinen Zeitung zu lesen war, wird die Administration der Top-Tickets (Schülerfreifahrt) nun ebenfalls den Schulen übertragen. Was grundsätzlich eine erfreuliche Maßnahme ist, hat allerdings einen Haken: Viele Direktorinnen und Direktoren beklagen jetzt schon, dass ihr Arbeitspensum beträchtlich mit Administration ausgefüllt, ja direkt damit „zugeschüttet“ wird. So wurden in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben, z. B. auch solche der Personalverwaltung, an die Schulen delegiert.

Für pädagogisches Agieren bleibt – gemeinsam mit den LehrerInnenteams – immer weniger Zeit. Das ist nicht gut für Schultypen mit oft sehr komplexer SchülerInnenzusammensetzung, die erhöhte Achtsamkeit, Aufmerksamkeit und pädagogisches Taktgefühl erfordern.

In Zeiten katastrophaler Arbeitslosenzahlen ist die Anstellung administrativer Verwaltungskräfte in Anlehnung an die Praxis an Bundesschulen (Stundenkontingent je nach Schulgröße, Vollzeitkraft für zwei Schulen zuständig usw.) nicht nur ein Gebot der Stunde, sondern wesentliche Entlastung vieler DirektorInnen und Direktoren und ihrer LehrerInnenteams in Grazer Volksschulen und Grazer Neuen Mittelschulen, damit sie sich wieder größtenteils ihren wahren pädagogischen Aufgabenstellungen widmen können.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich mit den zuständigen Abteilungen in Verbindung zu setzen, damit PflichtschuldirektorInnen künftig personelle Unterstützung bei ihren administrativen Aufgaben bekommen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.3 Fortsetzung der Finanzierung eines Stipendiums für Gedenkdienstleistende (GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer, KPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

2014 wurde erstmals ein Stipendium zur finanziellen Unterstützung von Gedenkdienstleistenden durch die Stadt Graz ermöglicht. Dieses wurde auch in den Folgejahren gewährt, wobei ein Betrag von höchstens 20.000 € pro Jahr bzw. ein Höchstbetrag von 10.000 € pro Person festgelegt wurden. Im Jahr 2019 blieb jedoch diese finanzielle Unterstützung aus und auch für dieses Jahr ist ein diesbezügliches Stipendium offenbar nicht vorgesehen.

Für viele junge Menschen, sowohl Männer als auch Frauen, ist ein Gedenkdienst in vielerlei Hinsicht wichtig. So ist das spezielle Ziel dabei, dass die TeilnehmerInnen in einer der zahlreichen Holocaust-Gedenkstätten, Museen und Forschungseinrichtungen auf der ganzen Welt zum Einsatz kommen und dadurch über ihre unterschiedlichen Tätigkeiten vor Ort eine intensive Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und des Gedenkens an die Opfer ermöglicht wird. Diese Bewusstseinsbildungs- und Aufklärungsarbeit ist somit generell eine wichtige Erfahrung für die Gedenkdienstleistenden, kann aber auch eine Grundlage dafür sein, dass sie weiterhin einen persönlichen Beitrag zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in unsere Gesellschaft einbringen. Dabei darf aber auch nicht außer Acht gelassen werden, dass eine zusätzliche Unterstützung in Form eines Stipendiums erforderlich ist, da sich die monatliche finanzielle Unterstützung an den

Regelungen des Zivildienstes bzw. des Freiwilligen Sozialjahres orientiert und sich deshalb viele junge Menschen die Absolvierung eines Gedenkdienstes nicht leisten können.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, prüfen zu lassen, ob eine Fortsetzung der Finanzierung eines Stipendiums der Stadt Graz für Gedenkdienstleistende auf Perspektive wieder ermöglicht werden kann?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.4 Erfüllungsstand der Auflagen aus den Rechtsverfahren zur Augartenbucht (GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Zuge der rechtlichen Verfahren in den Bereichen Naturschutz, Wasserrecht und Artenschutz zur Errichtung der Augartenbucht wurden eine Vielzahl von Auflagen zur Bauausführung, Gewässerschutz, Hochwasserschutz, Artenschutz, Baumschutz, limnologische Auflagen, zu den Neupflanzungen u.a. bescheidmäßig vorgeschrieben. Nach Fertigstellung des Projekts ergibt sich naturgemäß eine Reihe von Fragen zur Erfüllung der Auflagen sowie zum Vorliegen der vorgeschriebenen Berichte. Daher stelle ich seitens des Gemeinderatsklubs der Grünen/ALG folgende

Anfrage:

- 1.) Liegt eine Fertigstellungsanzeige seitens der Bau-Aufsicht vor?
- 2.) Wurden sämtliche Auflagen der gewässerverträglichen, bescheid- und projektgemäßen Durchführung der Bautätigkeiten und der ökologischen Nachbetreuung (bis dato) eingehalten?
- 3.) Gab es Abänderungen des eingereichten Projekts und wenn ja, welche?
- 4.) Wurde bei diesen Abänderungen den Anzeige- und Bewilligungspflichten nachgekommen?
- 5.) Liegt der Endbericht samt der Darstellung allfälliger Änderungen gegenüber der Bewilligung sowie der Dokumentation zum Erfüllungsstand der Auflagen vor?
- 6.) Sind Sie bereit, diesen Endbericht öffentlich zugänglich zu machen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.5 Errichtung eines Geh- und Radwegs in der Angergasse bis zur Seichtwasserzone mit Anschluss zum Puchsteg/Mursteg (GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)

In der Stadtsenatssitzung vom 05.06.2020 gelangte ein Stück zur Verordnung über das Straßenbauvorhaben „Errichtung eines Geh- und Radwegs im Bereich der Seifenfabrik (Angergasse bis Seichtwasserzone“ zur Abstimmung, in dem dem Projekt ein hohes öffentliches Verkehrsinteresse bescheinigt wird. In diesem Abschnitt liegt auch die Anschluss-Stelle zum neuen Mursteg (Puchsteg). Weiters wird mitgeteilt, dass die für das Projekt notwendigen Flächen nicht im Eigentum der Stadt Graz stehen, wobei aktuell über entsprechende Grundeinlöse- bzw. Nutzungsvereinbarungen mit der Stadt Graz verhandelt wird.

Durch die Errichtung der Mur-Staustufe war es notwendig, den Puchsteg zu verlegen. Dazu heißt es in den Auflagen des UVP-Bescheids mit Zeitangabe „Bauphase“:

„Innerhalb von max. 12 Monaten nach Abtrag des bestehenden Puchstegs muss der neue Puchsteg wieder in vollem Umfang nutzbar sein.“ Der UVP-Genehmigungsbescheid datiert vom 20. August 2012! Das heißt, dass bereits seit fast 8 Jahren bekannt gewesen ist, dass bezüglich der Geh-Radwegverbindung Handlungsbedarf in Richtung Grundeinlöse und Nutzungsvereinbarungen besteht. Es ist daher mehr als unverständlich, dass bis dato keine Lösung gefunden wurde. Daher stelle ich seitens des Gemeinderatsklubs der Grünen/ALG folgende

Anfrage:

- 1.) Seit wann ist der Stadt Graz bekannt, dass sie wegen der Radwegverbindung und Lage des neuen Stegs Grundstücksverhandlungen zu führen hat bzw. ein Servitut erreichen sollte?
- 2.) Wann wurden die Verhandlungen gestartet und wie viele Verhandlungsrunden haben bis dato stattgefunden?
- 3.) Welche Ämter haben an diesen Verhandlungen teilgenommen bzw. welche VertreterInnen politischer Büros waren seit welchem Zeitpunkt involviert?
- 4.) Woran liegt es, dass die Verhandlungen noch immer nicht abgeschlossen sind?
- 5.) Wann wird mit einem Abschluss der Verhandlungen gerechnet und können Sie diesbezüglich bereits einen festen Termin für die Verkehrsfreigabe dieser Geh-Radwegverbindung über den neuen Puchsteg nennen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.6 Schutz-, Lenkungs- und Informationsmaßnahmen im Naturschutzgebiet
Weinzödl
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Jänner 2017 wurden - auch auf mehrere Initiativen der Grünen im Gemeinderat hin - 73 Hektar im Grazer Norden zum "Naturschutzgebiet Weinzödl" erklärt. Das neue Naturschutzgebiet sollte vor allem den Vögeln als Rückzugsort dienen. „Von den insgesamt 144 in Graz heimischen Vogelarten wurden nicht weniger als 134 im neuen Schutzgebiet nachgewiesen – bei 49 von ihnen wurden erfolgreiche Bruten beobachtet“, erklärte damals der Ornithologe Ernst Albegger von BirdLife Österreich - darunter bedrohte Arten wie Wasserramsel, Gänsesäger, Baumfalken, Flussuferläufer und Halsbandschnäpper, aber auch im Wasser leben geschützte Tierarten wie die Würfelnatter oder der Huchen.

Menschliche Aktivitäten bleiben bei schonendem Umgang mit der Natur erlaubt. Für manche Nutzungen sind künftig jedoch Bewilligungen nötig, anderes ist tabu.

Allerdings hat die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt, dass es mehr braucht als Informationstafeln, um das Vogelschutzgebiet Weinzödl als dieses sichtbar zu machen und seine tierischen BewohnerInnen zu schützen!

Im Vogelschutzgebiet Weinzödl prallen zwei Welten aufeinander – der Naturschutz und das Bedürfnis der Menschen nach Naherholung. Hier braucht es eine gute Lösung, in der beides seinen Platz findet. Meine Gespräche mit Naturdidaktik-Einrichtungen in den letzten Wochen ergab, dass wir einerseits informieren müssen (bereits geplanter Aussichtsturm mit Informationstafeln), es aber andererseits darüber hinaus auch ein attraktives Angebot für Jung und Alt braucht, wie beispielsweise Beobachtungspunkte vom rechtsufrigen Radweg, von wo aus - aus der Distanz - ein Erlebnis der Vogelwelt möglich ist und der Schutzzweck trotzdem erfüllt bleibt.

Notwendig wäre ein BesucherInnen-Leitsystem und es könnte auch ein „Schnitzeljagd-Spiel“ geben, bei dem App-basiert auf spielerische Art und Weise die Fauna & Flora des Gebietes erfahrbar wird. So könnte bei Wanderungen entlang der erlaubten Wege - und ohne die Tierwelt nachhaltig zu beeinträchtigen - mit Fotos, Videos und kurzen

fachlichen Rätself die Besonderheit dieses Grazer Naturschutzgebietes veranschaulicht und (unbetreut) spielerisch erkundet werden. Auch Hör-Stationen könnten das Angebot erweitern. Ziel ist es, dass sich ein solches Angebot positiv auf das Bewusstsein und das Verhalten der Mehrheit der Nutzer und Nutzerinnen auswirkt und so der Schutz und Erhalt des Gebietes besser als bisher gewährleistet wird. Daher stelle ich seitens des Gemeinderatsklubs der Grünen/ALG folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit – unter Einbeziehung der Vorschläge im Motiventext – ein Konzept für ein BesucherInnen-Informationssystem für das Naturschutzgebiet Weinzödl entwickeln zu lassen, das einerseits den Schutz der Tierwelt sicherstellt und andererseits das Bedürfnis der Menschen nach Naturerleben erfüllt?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.7 Schutzmaßnahmen für das Naturschutzgebiet Weinzödl
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
anlässlich der Verordnung des Vogelschutzgebietes/Naturschutzgebiets Weinzödl im Jänner 2017 haben Sie folgendes gesagt: "Ich zeige, dass beides möglich ist. Mit dem Murkraftwerk im Süden schaffen wir Lebensraum für Mensch und Tier, mit dem neuen Naturschutzgebiet beschützen wir die Tiere und deren Lebensraum."

Das 73 Hektar große "Naturschutzgebiet Weinzödl" sollte vor allem den Vögeln als Rückzugsort dienen. „Von den insgesamt 144 in Graz heimischen Vogelarten, wurden nicht weniger als 134 im neuen Schutzgebiet nachgewiesen – bei 49 von ihnen wurden erfolgreiche Bruten beobachtet", erklärte damals der Ornithologe Ernst Albegger von

BirdLife Österreich. Menschliche Aktivitäten bleiben bei schonendem Umgang mit der Natur erlaubt. Laut Verordnung zum Vogelschutzgebiet sind dort u.a. folgende Handlungen und Maßnahmen, die geeignet sind, den Bestand der Vogelwelt zu gefährden, untersagt:

- jede übermäßige Lärmentwicklung
- Veränderung an der Vegetation der Uferböschungen
- Betreten der Uferböschungen ausgenommen an bestehenden Wegen
- Betreten der Schotterbänke
- Beunruhigung der Vögel, besonders in der Brut- und Aufzuchtzeit

2018 wurden unter dem Titel „Hausordnung fürs Wildlife“ Regeln für das Gebiet präsentiert und über Infotafeln kommuniziert.

Die Realität zeigt leider einen massiven BesucherInnendruck mit Festen, Camping und der Notwendigkeit des Einsatzes der Ordnungswache. Dem Vernehmen nach ist der Bestand an Vogelarten durch die zahlreichen Störungen leider bereits zurückgegangen. Bereits fertig geplante und dringendst notwendige Schutz- und Informationsmaßnahmen harren trotzdem noch immer ihrer Umsetzung.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, seitens des Grünen Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Wann werden Sie endlich welche Schutz- und Informationsmaßnahmen im Naturschutzgebiet Weinzödl treffen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.8 Umsetzung der geplanten Hundewiese in Straßgang
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Mehr als 17.000 Grazer Familien besitzen einen oder mehr Hunde, Tendenz steigend. Nach der Ablehnung der Petition der Stadt Graz für temporäre Freilaufzonen durch das Land Steiermark müssen wir aktuell alles daransetzen, mehr fußläufig erreichbare Hundewiesen im Grazer Stadtgebiet – womöglich eine in jedem Grazer Bezirk – umzusetzen. Denn Hunde brauchen eine Möglichkeit, ohne Leinenpflicht frei laufen zu können, nur so können wir eine artgerechte Hundehaltung sicherstellen.

Erfreulicherweise wurde die neue Hundewiese in Reininghaus vor Kurzem eröffnet, weitere sind in Planung oder stehen kurz vor der Umsetzung, wie jene an der Straßganger Straße auf Höhe Salfeldstraße.

Nunmehr liegen alle Genehmigungen sowie ein Zeitplan für eine zügige Umsetzung der Straßganger Hundewiese vor, die auch seitens des Bezirks Straßgang gewünscht wird. Es steht zu hoffen, dass – trotz Corona-bedingtem Investitionsstopps – bald mit den Bauarbeiten begonnen werden kann!

Daher stelle ich seitens des Gemeinderatsklubs der Grünen/ALG folgende

Anfrage:

Werden Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sich dafür einsetzen, dass die Hundewiese Straßgang ehebaldig realisiert und damit den Grazer HundebesitzerInnen und ihren vierbeinigen Freunden zur Verfügung stehen wird?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.9 Untersuchung der Ursache der Verunreinigung der Trinkwasserbrunnen am Köglerweg
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In Erledigung meiner Anfrage vom 14. November 2019, GZ 06759/2019/0002, habe ich als Zwischenerledigung zum Punkt 1 folgende Antwort erhalten: „Dazu kann die Graz Wasserwirtschaft keine Stellungnahme abgeben. Im Sommer dieses Jahres wurde von der Bau- und Anlagenbehörde/Referat Wasserrecht (Magistratsabteilung) die Nutzung des Brunnenwassers als Trinkwasser untersagt. Demnach wäre diese Abteilung auch als Ansprechpartner für die Beantwortung der Frage naheliegend (Anmerkung der Schriftleitung: Aufgrund dieser Stellungnahme der Holding wurde diese Anfrage auch an die Bau- und Anlagenbehörde/Referat Wasserrecht übermittelt).“

Leider wurde diese Frage seitens der BAB bis dato nicht beantwortet. Da die betroffenen EigentümerInnen am Köglerweg auf Nachfrage auch keine Antwort erhalten, aber massivstes Interesse an einer Ursachen-Erkundung haben, stelle ich seitens des Gemeinderatsklubs der Grünen/ALG nochmals folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, eine Untersuchung der Ursache für die Verunreinigung der Trinkwasserbrunnen am Köglerweg zu beauftragen und durchführen zu lassen, um die künftige Vermeidung solcher Verunreinigungen sicherzustellen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.10 Fernwärmeliefervertrag für Graz, vertragsloser Zustand ab 30. Juni 2020
(GRⁱⁿ Mag.^a Bauer, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Parameter für die Fernwärmeversorgung der GrazerInnen wurden seitens der Stadt mit garantierter Versorgungssicherheit, Preisstabilität und ökologischer Produktion definiert (Homepage Zitat Nagl, 6. März 2020).

Bis dato wurde die Stadt Graz mit Fernwärme aus Mellach auf Basis einer langjährigen vertraglichen Vereinbarung versorgt. Eine Wärmeleistung von 230 MW war vertraglich vereinbart, wie auch der Preis pro MWh. Dieses Paket aus Menge und günstigem Preis sicherte den GrazerInnen über Jahrzehnte leistbare Fernwärme. Dadurch konnte der Ausbau der Grazer Fernwärmeversorgung mit neuen Projekten stetig vorangetrieben werden, da die Basisversorgung sichergestellt war. Wie aus Zeitungsmeldungen bekannt, wird der Fernwärmelieferungsvertrag zwischen der Verbund AG und der E-Steiermark mit 30. Juni 2020 beendet. Ein neuer Vertrag ist nicht in Sicht.

Seit dem Jahr 2014 gibt es einen Konflikt um diesen Vertrag und keines der beiden Unternehmen war in diesen 6 Jahren Willens oder in der Lage, über einen neuen Vertrag zielorientiert zu verhandeln. Die Politik hat diesem Treiben einfach nur zugesehen. Jetzt ist es wohl an der Zeit zu handeln.

Das Steinkohlekraftwerk Mellach, welches bis dato Hauptlieferant der Fernwärme war, wird ab heuer zur Strom-Netzstützung mit Erdgas betrieben und ist nach dem 30. Juni 2020 nicht mehr „verpflichtet“, Abwärme zu liefern. Die Turbinen des neuen Gas-Dampf-Kraftwerks werden ausschließlich zur Stromerzeugung eingesetzt. Die dabei entstehende Abwärme wird großteils, trotz technisch vorhandener Auskoppelungsmöglichkeit, in die Mur abgeleitet.

Ein vertragsloser Zustand ist sehr wahrscheinlich. Damit ist auch die langfristige Versorgungssicherheit und die langfristige Ausbaupotentialität der Fernwärme für die GrazerInnen in Gefahr, weil die Wärmeaufbringung für Graz derzeit zur Hälfte aus Mellach kommt. Selbst der in Mellach neu errichtete Erdgas-Heizkessel der E-

Steiermark mit 90 MW kann die vertraglich zugesicherten 230 MW nicht kompensieren. Es ist ökologisch wenig sinnvoll, einen zusätzlichen Erdgaskessel zu betreiben und die vorhandene Abwärme gleichzeitig in der Mur zu entsorgen. Der Klimawandel lässt grüßen.

Auch die Sicherstellung der Versorgung durch das Hochfahren der Ausfallsreserve im Grazer Fernheizwerk Puchstraße ist keine Lösung. Mit der Installierung einer neuen Kesselanlage im Jahr 2016 wurde ein Teil des FHW Puchstraße als Ausfallsreserve deklariert und niemals war die gesamte Kapazität des FHW Puchstraße für einen durchgehenden regulären Betrieb gedacht. Die UVP-Problematik war damals bereits ein Thema, welches damit umschifft wurde, dass ein Teil der Anlage nur als Ausfallsreserve vorgesehen ist. Würde das Fernheizwerk Puchstraße mit all den vorhandenen Kesseln Fernwärme für Graz erzeugen, könnte der Ausfall von Mellach zwar kompensiert werden, nur die NOx-Problematik wäre fatal für die Grazer Luft. Somit fehlt aus derzeitiger Grazer Konsumentensicht eine riesige Menge an leistbarer Fernwärme aus Mellach, wo ja Abwärme vorhanden wäre, welche durch eine vertragliche Festlegung von Menge und Preis auch kostengünstig garantiert werden könnte.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

werden Sie dem vertragslosen Zustand, durch die rasche Aufforderung an BM Blüml als Eigentümerversorger des Verbundes (via ÖBAG) und an LH Schützenhöfer als Eigentümerversorger der Energie Steiermark einen neuen Vertrag abzuschließen, entgegenwirken und damit für die zugesagte Versorgungssicherheit, die Ausbaupotenziale und den preisgünstigen Bezug von Fernwärme für die GrazerInnen sorgen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.11 Flughafen Graz/Anbindung an die Koralmbahn
(GR Ehm, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Zuge der Verhandlungen über das Rettungspaket für die AUA – 150 Millionen Euro Stützung durch die Republik Österreich, zusätzliche Absicherung durch den Bund für einen 300 Millionen-Kredit – wurden Rahmenbedingungen vereinbart, die durchaus darauf schließen lassen, dass der Bund und speziell die Infrastrukturministerin bevorzugt auch auf effiziente Bahnverbindungen setzen möchten, indem etwa Kurzstreckenverbindungen, die mit der Bahn innerhalb von drei Stunden bewältigbar sind, durch die AUA nicht mehr bedient werden sollen.

Ein aus Sicht des Klimaschutzes nachvollziehbarer Schritt. Was aber nicht sein kann ist, dass der Eindruck entsteht, dass dieser Gedankengang primär aus der Absicht der Absicherung des Flughafens Wien-Schwechat entsprungen ist. Wenn nämlich der Bahn eine derart hohe Bedeutung zukommt, dann hat das auch im Zusammenhang mit dem Flughafen Graz zu gelten, der - von seiner geografischen Lage her und im wirtschaftlichen Zentralraum der Steiermark gelegen - durchaus auch Drehkreuz ist.

Umso unverständlicher – und viele sprachen zu Recht von einem Schildbürgerstreich – war es ja, dass in den ursprünglichen Planungen der am Flughafen vorbeiführenden Koralmbahn nicht einmal eine Bahnstation beim Flughafen vorgesehen war.

Mittlerweile gibt es zwar Gespräche, die darauf hinauszulaufen scheinen, dass es eine solche Bahnstation doch geben könnte. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass sich das Land Steiermark kräftig daran beteilige. Und es wäre keine Überraschung, wenn in der Folge auch die Stadt Graz zur Kasse gebeten würde.

Angesichts des Rettungspaketes für die AUA und der dadurch erreichten Absicherung des Flughafens Wien-Schwechat – und das im Worst Case durch bis zu 450 Millionen

Euro durch den Bund – wäre es schlichtweg unzumutbar, wenn das Land Steiermark und vielleicht sogar auch noch die Stadt Graz für die direkte Anbindung des Flughafens Graz an die Koralmbahn durch eine Station Zuzahlungen leisten müssten.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

1. Ist in Zusammenhang mit dem AUA-Rettungspaket, das ja nicht zuletzt auch in Hinblick auf die Absicherung des Flughafens Wien-Schwechat vereinbart wurde, beabsichtigt, dass seitens des Landes Steiermark und der Stadt Graz nochmals Gespräche mit den ÖBB und Infrastrukturministerin Leonore Gewessler geführt werden, um eine direkte Anbindung des Flughafens Graz an die Koralmbahn ohne finanzielle Beteiligung des Landes Steiermark bzw. der Stadt Graz zu erreichen?
2. Wenn nein, bist du bereit, gemeinsam mit dem Land Steiermark im Sinne des Motivenberichtes solche Verhandlungen mit den ÖBB und der Infrastrukturministerin aufzunehmen, da es angesichts des Rettungspaketes AUA/Flughafen Wien durch den Bund nicht nachvollziehbar ist, warum für eine direkte Anbindung des Flughafens Graz an die Koralmbahn das Land Steiermark bzw. die Stadt Graz zur Kasse geben werden sollen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.12 Flughafen Graz/Strategische Neuausrichtung
(GR Ehmman, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mit dem Rettungspaket für die AUA – 150 Millionen Euro Stützung durch die Republik Österreich, zusätzliche Absicherung durch den Bund für einen 300 Millionen-Kredit – scheint die Fluglinie zumindest vorerst gerettet: Ohne auf die durchaus diskussionswürdigen Details einzugehen, die von vielen als nicht unbedingt vorteilhaft für die Republik Österreich kritisch hinterfragt werden, dürfte somit auch für den Flughafen Wien-Schwechat vorerst eine Standortgarantie erreicht worden sein, was selbstverständlich für den Wirtschaftsstandort Österreich insgesamt, speziell aber natürlich für Großraum Wien/Niederösterreich von Bedeutung ist.

Als problematisch aus Sicht der Stadt Graz und des Landes Steiermark könnten sich jedoch mittelfristig die Rahmenvereinbarungen für diesen Deal auswirken: Richtig ist, dass Kurzstreckenflüge in Hinblick auf die Notwendigkeiten von Maßnahmen gegen die Klimakrise alles andere als sinnvoll sind. Und so ist es aus Umweltgründen auch durchaus verständlich, wenn in Zukunft Destinationen, die innerhalb von drei Stunden mit dem Zug erreichbar sind, mit der AUA-Flotte nicht mehr angefliegen werden. Allerdings wird das nicht nur für den Flughafen Graz einen enormen wirtschaftlichen Rückschlag bedeuten, auch für den Wirtschaftsstandort Graz wie für den Wirtschaftsstandort Steiermark werden sich daraus Nachteile ergeben.

Um dem gegenzusteuern, bedarf es – so die Meinung von Fachleuten - einer strategischen Neuausrichtung des Flughafens Graz. Vereinfacht gesagt: Es geht darum zu versuchen, für Graz neue Mittel- und vielleicht sogar Langstrecken-Verbindungen zu erschließen. Dies auch in Hinblick darauf, dass der Großraum Graz dank der vielen hier ansässigen innovativen Unternehmen mittlerweile eine auf internationaler Ebene gut vernetzte Drehscheibe ist. Über andere Allianzen – zum Beispiel Intensivierung der

Fluganbindung mit KLM nach Amsterdam oder Neuaufnahme mit Iberia zu den Hubs Barcelona oder Madrid – könnte so nicht nur der wirtschaftliche Bestand des Flughafens Graz abgesichert werden, sondern darüber hinaus auch der Wirtschaftsstandort Graz/Steiermark maßgeblich profitieren.

Umso wichtiger wäre es natürlich, raschest diese strategischen Überlegungen in Angriff zu nehmen.

Wobei es in diesem Zusammenhang sicher überlegenswert wäre, die großen Leitbetriebe aus unserer Region, die Stakeholder für diese Überlegungen an Bord zu holen, da diese sicher auch über Netzwerke verfügen, die für eine solche Neuausrichtung des Flughafens genutzt werden könnten.

In diesem Zusammenhang stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

1. Gibt es in Zusammenhang mit den Rahmenbedingungen für den AUA-Rettungsschirm bereits erste Analysen betreffend die Konsequenzen für den Flughafen Graz und wenn ja, zu welchen Schlüssen kommt man?
2. Ist daran gedacht, durch Verhandlungen die drohende Schließung der AUA-Verbindung Wien-Graz zu verhindern und wenn ja, durch wen auf Seiten der Stadt Graz und des Landes Steiermark werden diese auf politischer Ebene geführt?
3. Laufen seitens des Flughafen-Managements und der Stadt Graz bereits Gespräche/Planungen hinsichtlich einer strategischen Neuausrichtung des Flughafens Graz, um durch den drohenden Wegfall der Kurzstreckenverbindung Wien-Graz über neue Mittelstrecken- und

Langstrecken-Anbindungen nicht nur diesen Ausfall zu kompensieren und damit den wirtschaftlichen Bestand des Flughafens Graz abzusichern, sondern auch für die Wirtschaft im Großraum Graz zusätzliche Impulse zu lukrieren?

4. Wenn ja, sind die Leitbetriebe und Stakeholder aus dem Großraum Graz in diese Gespräche/Planungen eingebunden, um einerseits so deren Notwendigkeiten in Erfahrung zu bringen, andererseits aber auch deren internationalen Netzwerke für die Erschließung solcher Anbindungen nutzen zu können?
5. Wenn nein, wann werden diese Überlegungen betreffend eine strategische Weiterentwicklung des Flughafens Graz aufgenommen bzw. bist du bereit, die schnellstmögliche Aufnahme solcher Planungen und die Einbindung des in Punkt 4 genannten Personenkreises zu veranlassen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.13 Müllvermeidung/Abfalltrennung im Haus Graz (GR Ehmann, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Abfallvermeidung bzw. die richtige Mülltrennung sind Themen, die nicht zuletzt auch in Hinblick auf die Klimakrise besondere Bedeutung haben: Geht es doch dabei um Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung.

Bewusstseinsfördernde Maßnahmen kann es daher in diesen Bereichen nicht genug geben – das gilt auch für das Haus Graz. Umso erfreulicher ist es, dass MitarbeiterInnen des Hauses Graz in dieser Hinsicht immer wieder innovative Ideen entwickeln, wie denn der Blick auf das Alltägliche in Zusammenhang mit Klimaschutz geschärft werden könnte.

Einer dieser Vorschläge, der mir ins Mail-Postfach flatterte, betrifft beispielsweise eben genau den Komplex Abfallvermeidung/Mülltrennung. Die Überlegung: Jede Mitarbeiterin/jeder Mitarbeiter im Haus Graz sollte einmal im Quartal eine fundierte Information über Abfallvermeidung/Mülltrennung am Arbeitsplatz/in der Dienststelle erhalten. Und – mindestens ebenso wichtig: Einmal im Quartal sollten in der Folge die MitarbeiterInnen ebenso die Information erhalten, ob und inwieweit sich das Müllaufkommen reduziert habe. Damit, so die durchaus nachvollziehbare Schlussfolgerung, könne jede und jeder das Ergebnis konsequenten Handelns nachvollziehen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher nunmehr an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Bist du bereit, im Rahmen deiner Koordinierungskompetenz die zuständigen Stellen im Haus Graz prüfen zu lassen, inwieweit ein bewusstseinsförderndes Projekt in Sachen Abfallvermeidung/Mülltrennung, wie es im Motivenbericht beschrieben ist, im Haus Graz umgesetzt werden kann?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.14 Ausweitung des Lehrstellenangebotes
(GR Mag. Haßler, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Corona-Pandemie hat massive Auswirkungen auf fast alle Bereiche – teilweise lassen sich die Folgen derzeit nur erahnen. In einem Punkt sind sich aber praktisch alle Fachleute einig: Die Lehrlingsausbildung wird in vielen in wirtschaftliche Bedrängnis geratenen Unternehmen, die mit schweren Absatzeinbrüchen zu kämpfen haben und auch in den nächsten Monaten noch bestenfalls dank Kurzarbeitsmodelle überleben können, verständlicherweise vorerst zurückgeschraubt bis eingestellt werden. Manche befürchten aus diesem Grund gar nahezu einen Zusammenbruch des Lehrstellenmarktes. Auf jeden Fall drohen junge Menschen, die in den kommenden Monaten einen Lehrberuf ergreifen wollen, zu den großen Verlierern der Corona-Krise zu werden.

Dem gilt es gegenzusteuern. Das Haus Graz ist zwar bereits seit längerem überaus vorbildhaft selbst in Sachen Lehrlingsausbildung tätig. In einer Krisensituation wie dieser sollte es aber machbar sein, die Zahl der Lehrstellen im Haus Graz nochmals deutlich zu erhöhen, um noch mehr jungen Menschen die Chance auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu bieten, damit sie später in der Berufswelt Fuß fassen können. Dies ist insofern umso wichtiger, als davon auszugehen ist, dass sich auch die Wirtschaft innerhalb der nächsten ein, zwei Jahre wieder deutlich erholen wird und in weiterer Folge auch dann selbstverständlich wieder (angehende) Fachkräfte benötigt werden. Und das Haus Graz mit seinen in Summe mehr als 200 Berufsfeldern hätte da mit Bestimmtheit gute Ausbildungsplätze auch für Jobs später in der Privatwirtschaft aufzuweisen – in Rückkoppelung mit AMS und WK sollten sich in diesem Zusammenhang jene Zweige ausloten lassen, die sich für eine solche Lehrstelleninitiative 2.0 im Haus Graz am besten eignen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage:

Bist du bereit, im Rahmen deiner Koordinierungskompetenz mit allen maßgeblichen Stellen im Haus Graz sowie VertreterInnen von AMS und WK Gespräche aufzunehmen, um – gemäß Motivenbericht - Lehrstelleninitiative 2.0 im Haus Graz zu starten; dies mit dem Ziel, kurzfristig noch mehr jungen Menschen die Möglichkeit einer Lehrlingsausbildung im Haus Graz zu eröffnen, nachdem zu befürchten ist, dass Corona-bedingt die Zahl der Lehrstellen aufgrund der wirtschaftlichen Probleme in vielen Unternehmen deutlich zurückgeschraubt wird?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.